

Positionspapier HOCHWERTIGE BILDUNG

Mit hochwertiger Bildung kann jedes Mädchen und jeder Junge das eigene Potenzial entfalten, die eigene Zukunft beeinflussen und gesellschaftlich wie politisch teilhaben. Weltweit gehen immer noch zu viele Kinder, vor allem Mädchen, nicht zur Schule. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sie im Sinne der Agenda 2030, Zugang zu kostenloser, inklusiver und qualitativ hochwertiger Bildung erhalten, die mindestens aus Vorschul-, Grund- und Sekundarbildung besteht.

Was ist das Problem?

Bildung ist ein fundamentales Menschenrecht, dennoch haben 264 Millionen Mädchen und Jungen zwischen 6 und 17 Jahren nicht die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Frühkindliche Bildung wird oft gänzlich ignoriert. Selbst wenn Mädchen und Jungen zur Schule gehen, beenden sie diese häufig ohne Abschluss mit fatalen Konsequenzen für ihr weiteres Leben. Weltweit können 750 Millionen Jugendliche und Erwachsene nicht lesen und schreiben, davon sind etwa zwei Drittel Frauen.¹

Trotz weltweiter Fortschritte beim Zugang zu Bildung, haben besonders benachteiligte Kinder, wie Mädchen, Kinder mit Behinderungen, Angehörige ethnischer Minderheiten sowie Kinder in armen und ländlichen Gebieten am wenigsten davon profitiert.

Zugangsbarriere unzureichende staatliche Verantwortlichkeit

Nationale Regierungen sind verpflichtet, das Menschenrecht auf Bildung für alle zu erfüllen, auch in

Krisen- und Notsituationen. Dennoch kommen viele Staaten der Verpflichtung nicht nach. Oft sind fehlende öffentliche Investitionen in den Bildungssektor die größte Hürde für eine inklusive und qualitativ hochwertige Bildung. Ein Mangel an (qualifizierten) Lehrkräften, (geeigneten) Räumlichkeiten und einer funktionierenden Bildungsinfrastruktur sind die Folge. Von den Investitionen in den Bildungssektor profitieren meist nur privilegierte städtische Bevölkerungsschichten.

Zugangsbarriere Armut

Zwar ist die Grundschulbildung in vielen Ländern bereits gebührenfrei, dennoch müssen Familien oft für zusätzliche Bildungskosten, wie Unterrichtsmaterialien, Schuluniformen, Fahrtkosten oder Zusatzgebühren aufkommen. Hinzu kommt, dass für viele Familien bis zu 30 Prozent des Haushaltseinkommens pro Kind wegfallen, wenn die Kinder anstatt zu arbeiten, die Schule besuchen.² Für viele Eltern ist es somit schlicht eine ökonomische Abwägung, ob sie es sich leisten können ihr Kind in die Schule zu schicken.

Zugangsbarriere Krisen- und Notsituation

Aktuell leben 462 Millionen, etwa ein Viertel aller Mädchen und Jungen in Ländern mit Konflikten, 75 Millionen von ihnen in Gebieten mit akuten humanitären Krisen.³ In Folge gehen sie meist nur unregelmäßig oder gar nicht zur Schule. Die Wahrscheinlichkeit, dass Mädchen in Konfliktregionen nicht zur Schule gehen ist zweieinhalbmal höher und das Risiko keine Sekundarschule zu besuchen ist doppelt so hoch wie bei ihren Altersgenossinnen, die nicht von Krisen- oder Notsituationen betroffen sind.⁴

¹ UNESCO (2017): Global Education Monitoring Report 2017/2018

² Srivastava, Prachi, 2013. Low-fee private schools and poor children: what do we really know? The Guardian.

³ UNICEF (2016): Education Cannot Wait: A Fund for Education in Emergencies

⁴ UNESCO (2015): Policy Paper 21. Humanitarian Aid for Education: Why It Matters and Why More is Needed

Zugangsbarriere Behinderung

Menschen mit Behinderungen haben in vielen Ländern schlechteren Zugang zu Bildung. Die UNESCO schätzt, dass nur eines von zehn Kindern mit Behinderungen in den Ländern des Globalen Südens regelmäßig zur Schule geht. 186 Millionen Mädchen und Jungen mit Behinderungen haben die Grundschule nicht abgeschlossen.⁵ Kinder mit Behinderungen sind mit vielen Barrieren konfrontiert, die sie vom Schulbesuch abhalten. Hierzu gehören Normen und Werte, die sie als nicht vollwertige Mitglieder der Gesellschaft betrachten, nicht barrierefreie Schulwege und -gebäude sowie unzureichend qualifizierte Lehrkräfte.

Zugangsbarriere Geschlecht

Mädchen sind von all diesen Zugangsbarrieren betroffen. Darüber hinaus ist ihr Geschlecht eine Zugangsbarriere für sich. Das bedeutet, Mädchen werden im Bildungssektor gleich mehrfach diskriminiert. Weltweit gehen etwa 130 Mio. Mädchen nicht zur Schule.⁶ Die Gründe hierfür sind vielschichtig.

Oftmals führen geschlechterspezifische Rollenbilder und Stigmatisierungen dazu, dass Mädchen keine Schule besuchen. Eltern erkennen den Wert von Bildung für Mädchen nicht an. Anstatt zur Schule zu gehen, müssen Mädchen einen Großteil der Haus- und Sorgearbeit verrichten. Kinder-, Früh-, und Zwangsheirat sowie frühe Schwangerschaften sind ebenfalls Gründe für den Schulabbruch. Viele Schulen verfügen über keine adäquaten Sanitäranlagen, die nach Geschlechtern getrennt und sicher für Mädchen sind.

Der fehlende Zugang zu Bildung hat für Mädchen auch enorme Auswirkungen im erwachsenen Alter: Zwei Drittel der Analphabetinnen und Analphabeten weltweit sind Frauen⁷. Selbst wenn sie einen Schulabschluss machen, haben es junge Frauen in der beruflichen Bildung aufgrund von sozialen Normen, schädlichen Traditionen und Rollenerwartungen schwer, einen Beruf zu ergreifen, der ihrem Interesse und individuellen Fähigkeiten entspricht.

Warum ist Bildung wichtig?

Das Recht auf Bildung ist in internationalen Menschenrechtsabkommen, wie der UN-Kinderechtskonvention festgeschrieben. Sie setzt das Potenzial von Mädchen und Jungen frei und ist ein essentieller Faktor, um die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) zu erreichen.

Mit der Agenda 2030, insbesondere dem Nachhaltigkeitsziel 4 hat sich die internationale Staatengemeinschaft und damit auch Deutschland dazu verpflichtet, allen Mädchen und Jungen bis zum Jahr 2030 eine kostenlose, inklusive und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung zu gewährleisten.

Eine weiterführende Schulbildung von jungen Müttern und die bessere Aufklärung von Jugendlichen über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte könnten jährlich drei Millionen Kindern unter fünf Jahren das Leben retten.⁸ Eine höhere Schulbildung verringert zudem das Risiko, minderjährig zu heiraten oder zwangsverheiratet zu werden. Schätzungen zufolge, würde das Risiko für Früh- und Zwangsverheiratung um fast zwei Drittel sinken, wenn alle Mädchen Zugang zu Sekundarschulbildung hätten.⁹

Selbst aus wirtschaftlicher Perspektive lohnt sich die Investition in Bildung. Jedes zusätzliche Sekundarschuljahr steigert das spätere Einkommen eines Mädchens um bis zu 20 Prozent.¹⁰ Etwa die Hälfte des OECD Wirtschaftswachstums der vergangenen 50 Jahre lassen sich allein auf den besseren Zugang zu Bildung für Mädchen und Frauen zurückführen.¹¹

Bei Jungen und Männern trägt weiterführende Bildung zudem dazu bei, dass sie die Rechte von Mädchen und Frauen stärker respektieren und sich für deren Umsetzung stark machen.

Nicht-formale Bildung kann helfen, Mädchen und Jungen, die nicht zur Schule gehen, dennoch Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Darüber hinaus kann non-formale Bildung den Weg in das formale Bildungssystem bereiten.

Insbesondere in Krisen- und Notsituationen gewährleistet Bildung ein Maß an Normalität für Mädchen und Jungen und schafft sichere Räume. Durch Bildung kann das Risiko einer „verlorenen Generation“ vorgebeugt werden.

Was tut Plan International?

Wir von Plan International setzen uns dafür ein, dass für alle Mädchen und Jungen ein gleichberechtigter Zugang zu qualitativer und umfassender Bildung vom

⁵ UNESCO (2015): [The Right to Education for Persons with Disabilities](#)

⁶ UNESCO Institute for Statistics (UIS Stat.): Bereich „Education / Out of school children“.

⁷ UNESCO (2017): [Global Education Monitoring Report 2017/2018](#)

⁸ UNESCO (2014): [EFA GMR 2013-2014. Teaching and learning: Achieving equality for all](#)

⁹ UNESCO (2013): [Education Transforms Lives](#)

¹⁰ Center for Global Development (2008): [Girls Count. A global investment and Action Agenda](#)

¹¹ OECD (2012): [Gleichstellung der Geschlechter - Zeit zu handeln / Executive Summary](#)

Kindergarten bis zum Abschluss der Sekundarstufe möglich wird.

Wir fördern kinderfreundliche und gewaltfreie Schulen, indem wir in unseren Projekten beispielsweise auf eine kindgerechte Schulausstattung, Fortbildung der Lehrkräfte in modernen Unterrichtsmethoden und die Einführung von Partizipationsstrukturen konzentrieren. Dabei liegt unser Schwerpunkt darauf, geschlechterspezifische Zugangsbarrieren zu beseitigen.

Unsere Forderungen

In unserem Mädchenbericht 2016 „[Bildung für Mädchen in der Entwicklungspolitik](#)“ haben wir das entwicklungspolitische Engagement der Bundesregierung im Bereich Zugang zu Bildung für Mädchen untersucht. Aus den Ergebnissen ergeben sich folgende Forderungen:

1. Bildungsfinanzierung sicherstellen

Die Hauptverantwortung für eine ausreichende Bildungsfinanzierung liegt bei den Staaten selbst. Der politische Wille zu einer inklusiven und qualitativ hochwertigen Bildung muss sich auch in entsprechender Finanzierung ausdrücken.

Wir von Plan International sind jedoch der Überzeugung, dass die Weltgemeinschaft in der Pflicht steht, Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei der Finanzierung ihrer öffentlichen Bildungssysteme zu unterstützen. Die internationale Finanzierung muss von 16 Milliarden Dollar auf 44 Milliarden Dollar pro Jahr steigen, um SDG 4 zu erreichen. Daher ist es erforderlich, dass

- Regierungen ihre **Ausgaben für Bildung auf 20 Prozent des Gesamthaushaltes** steigern. Die Bundesregierung soll daher im politischen Dialog darauf hinwirken, dass ihre Partnerländer diese Forderung umsetzen.
- Deutschland seine **Beiträge für bilaterale Projekte und multilaterale Organisationen** wie der **Globalen Partnerschaft für Bildung (GPE)** erhöht. Von der Bundesregierung fordern wir, dass sie entsprechend der wirtschaftlichen Leistungskraft Deutschlands den derzeitigen Beitrag zur GPE von 18 Millionen Euro im Jahr 2018 auf **100 Millionen Euro pro Jahr** aufstockt.

- das BMZ die **Unterstützung für Grund- und Sekundarbildung ausbaut**. Das kann unter anderem im Rahmen der GPE, aber auch in der bilateralen Zusammenarbeit geschehen.
- Einhaltung der **0,7-Prozent-ODA-Quote**, ohne die Anrechnung der Flüchtlingsunterbringung in Deutschland. Davon müssen mindestens 15 Prozent in Bildung fließen, wobei der Anteil für Grundbildung, der derzeit bei lediglich 10,3 Prozent der Bildungs-ODA liegt, deutlich erhöht werden muss.

2. Bildungsprogramme in Krisen- und Konfliktsituationen ausbauen

Das Recht auf Bildung gilt auch in Krisen- und Notsituationen und ist eine zentrale humanitäre Anforderung. Auch wenn Bildung in solchen Situationen von Familien und Kindern selber als hohe Priorität bewertet wird, sind Bildungsprogramme oft die ersten, die ausgesetzt und die letzten, die wieder aufgenommen werden. Wenn, dann sind Bildungsinitiativen in Konflikt- und Krisenkontexten ad-hoc, auf Kurzfristigkeit angelegt und chronisch unterfinanziert. In den letzten Jahren wurden weniger als zwei Prozent der weltweiten Mittel für humanitäre Hilfe für Bildung verwendet.¹² Investitionen in Bildungsprogramme, die ihren Fokus auf Krisenregionen legen, müssen deutlich erhöht werden.

- Wir begrüßen, dass die Bundesregierung den **Education Cannot Wait Fonds (ECW)** bereits mit 16 Millionen Euro im Jahr 2017 unterstützt, in Anbetracht der vielfältigen Krisensituationen weltweit, seien es gewaltsame Konflikte oder Umweltkatastrophen, ist eine Verstärkung dieses Engagements dringend notwendig.
- Auf dem **G7 Gipfel** wurde im Juni 2018 die **Deklaration für Bildung von Mädchen und Frauen in Entwicklungsländer** verabschiedet. Ein besonderer Fokus liegt auf der Bildung von Mädchen in Krisengebiete. Die Bundesregierung hat auf dem Gipfel 75 Millionen Euro zugesagt. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Zusagen zu konkretisieren und Art und Einsatz der Mittel transparent zu machen.

3. Gleichberechtigung zum Kernziel der BMZ-Bildungsstrategie machen

Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung sollte ein eigenständiges Ziel der BMZ-Bildungsstrategie sein, um

so die besonderen Hürden für Mädchen besser in den Blick zu nehmen und diesen entgegenwirken zu können. Dementsprechend sollte die Förderung von Mädchen in einem Aktionsplan für Bildung verankert werden.

4. Stärkere Koordination innerhalb der Bundesregierung

Die Grenzen zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind fließend. Daher ist es notwendig, dass es eine stärkere und institutionalisierte Koordination zwischen BMZ und AA hinsichtlich Bildung in Krisen- und Notsituationen gibt.

5. Stärkung des internationalen Engagements der Bundesregierung

Mit ihrer G7-Initiative zur beruflichen Qualifizierung von Mädchen und Frauen hat die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag für das SDG 4 geleistet. Die Initiative sollte unbedingt weiter im G7-Kontext diskutiert

werden. Während die berufliche Bildung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vielfach berücksichtigt wird, setzt sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene nur wenig dafür ein, zentrale Zugangsbarrieren für Mädchen zu Grund- und Sekundarbildung zu beseitigen. Dies ist aber die Grundlage, um berufliche Bildung für die meisten Mädchen erst möglich zu machen. Deshalb sollte die Bundesregierung dies stärker in internationalen Foren thematisieren.

6. Daten zu Mädchen erheben

Um Zugangsbarrieren im Bildungsbereich zu identifizieren, braucht es disaggregierte Daten. Deshalb sollen in allen Bildungsprojekten nach Geschlechtern getrennte Daten erhoben werden, um Probleme besser sichtbar zu machen und sie beheben zu können.



**Plan International
Deutschland e.V.**

Kontakt
Sonja Birnbaum
Leiterin Repräsentanz Berlin
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 22 35 27 13
Fax: +49 (0)30 / 22 35 27 14
E-Mail: sonja.birnbaum@plan.de
www.plande
www.facebook.com/planDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany